

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten der Grünen des Oberösterreichischen Landtags betreffend Ökologischer Landbau als Leitbild der europäischen Agrarpolitik

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, in den anstehenden Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union nach 2020 den Ökologischen Landbau als Leitbild der europäischen Agrarpolitik und Prämiumstandard für öffentliche Gelder zu forcieren.

Begründung

Anfang Juni 2018 hat die EU-Kommission ihre Legislativvorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) nach 2020 vorgestellt. Diesen Reformvorschlägen fehlt es an ambitionierten Weichenstellungen für eine nachhaltige Landwirtschaft. Sie setzen nicht die notwendigen Anreize, um Bäuerinnen und Bauern darin zu unterstützen, Umwelt-, Klima- und Tierschutz zu verstärken. Im Gegenteil, die vorgeschlagene Kürzung der Mittel für die Ländliche Entwicklung schmälert die möglichen Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen und benachteiligte Gebiete und geht damit in die falsche Richtung.

In der bisherigen GAP ist die sozioökonomische Effizienz gering, da kleine Höfe nur unzureichend unterstützt werden. Die Ungleichheiten unter den Beihilfeempfängern sind groß: 32% der Zahlungen gehen an 1,5% der Betriebe. Der Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe setzt sich fort, es gibt eine Tendenz zu Großbetrieben. Darüber hinaus wird in einer ganzen Reihe von Zielländern der europäischen Exporte die Entwicklung einheimischer Märkte extrem erschwert und den dort lebenden Bauern ihre Einkommensgrundlage genommen. Die Folge sind Landflucht und Flucht in ökonomisch stabilere Regionen der Erde, zum Beispiel Europa.

Auch hinsichtlich ihrer Umweltziele ist die GAP weitgehend ineffizient. Sie trägt nicht dazu bei, die fortschreitenden Trends der landwirtschaftlichen Intensivierung, der Umweltzerstörung und des Biodiversitätsrückgangs aufzuhalten, geschweige denn umzukehren. Sie leistet einen viel zu geringen Beitrag zur Eindämmung des Klimawandels. Unter den Bedingungen der aktuellen Agrarpolitik mit den auf Weltmarktniveau ausgerichteten Erzeugerpreisen haben die einzelnen

Landwirtinnen und Landwirte kaum die Chance, neben der Steigerung der Erträge auch der Schonung des Naturhaushalts den langfristig notwendigen Stellenwert einzuräumen.

Vor diesem Hintergrund macht es Sinn, öffentliche Gelder nur für öffentliche Leistungen auszugeben. Das bedeutet, dass Gelder der GAP nur noch für Umwelt-, Klima- und Tierschutz sowie für strukturelle Investitionen in die ländliche Wertschöpfung bezahlt werden. Denn nur so sind gesellschaftliche Gegenleistungen mit im Paket.

Für ein gewisses Maß an Kontrolle wäre es besonders effizient, wenn zur Orientierung an höchsten Ansprüchen der ökologischen, tiergemäßen und regionalökonomischen Wirksamkeit ein System gewählt wird, welches diese Ansprüche als Konzept mit einem einmaligen Kontrollvorgang überprüft. Ein solches System ist der ökologische Landbau bzw. die Bio-Landwirtschaft.

Der Ökolandbau ist damit das passende Leitbild für den Umbau der EU-Agrarpolitik in Richtung Nachhaltigkeit und eignet sich am besten für den Prämiumstandard zum Erhalt von Fördergeldern. Darunter kann es dann weniger anspruchsvolle Standards geben, bis zu einer Produktion, die zwar gesetzliche Mindestauflagen einhält, aber dafür keine öffentlichen Gelder erhält, weil keine zusätzlichen öffentlichen Leistungen erbracht werden. Intensivbetriebe, die nur auf Grundlage gesetzlicher Mindestvorgaben wirtschaften und am Weltmarkt operieren wollen, können dies ohne Förderung mittels Steuergeldern tun.

Die Förderung benachteiligter Gebiete, erweiterte Naturschutzleistungen und die Sicherung der Artenvielfalt in der Agrarlandschaft sollen spezielle Förder-Module zusätzlich leisten, die sowohl für den Prämiumstandard (Ökolandbau) als auch andere Standards angeboten werden.

Ziel ist eine schrittweise, grundlegende Wende der europäischen Landwirtschaft in Richtung ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit. Die Politik ist für die Umgestaltung der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen dieser Richtungswende verantwortlich. Die Bäuerinnen und Bauern mit den Konsumentinnen und Konsumenten sind in weiterer Folge die Partner dieses Weges.

Linz, am 20. September 2018

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Kaineder, Hirz, Böker, Mayr, Schwarz, Buchmayr